



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Direktion für Völkerrecht
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Unterzeichnung des internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen; Anhörung der Kantone

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. September 2009 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Kantonsregierungen im Rahmen eines Anhörungsverfahrens eingeladen, zur Unterzeichnung des internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen. Zu den gestellten Fragen nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Wir lehnen die Unterzeichnung des Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ab. Neben zahlreichen Gesetzesänderungen auf Bundes- und kantonaler Ebene dürften insbesondere die Einführung und der Betrieb eines Registers über jene Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, sowie die Ausweitung des Rechtsschutzes auf Personen mit einem berechtigten Interesse zu substantiellen Mehrkosten für Bund und Kantone führen. Aufgrund der Tatsache, dass die schweizerische Rechtsordnung dem zentralen Anliegen des Übereinkommens - Nulltoleranz gegenüber Fällen des Verschwindenlassens - bereits hinreichend gerecht wird, stehen Aufwand und Nutzen der Unterzeichnung des

Übereinkommens in keinem vernünftigen Verhältnis. Auch gegenüber einem umfassenden Informationsrecht von Personen mit einem berechtigten Interesse sowie deren Beschwerdemöglichkeit haben wir Vorbehalte. Sowohl die Interessen der Betroffenen, deren Freiheit entzogen worden ist, als auch jene der Strafverfolgung könnten mit dem Informations- und Beschwerderecht berechtigter Dritter kollidieren.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 11. Dezember 2009

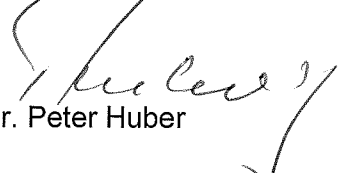


Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann


Isidor Baumann

Der Kanzleidirektor


Dr. Peter Huber